

# Neuberger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.  
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 RM.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtparlasse Neuba — Bankverein Artern.

## Das Ergebnis der Vorkonferenz.

... nicht versucht, einen Abbruch zu erzielen.

London, 6. April.  
Nach Beendigung der englisch-französischen Ministerkonferenz in London wurde von englischer Seite eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Minister im Hinblick auf die am Mittwoch beginnende Viermächtekonferenz nicht versucht hätten, einen Abbruch zu erzielen. Sie seien überzeugt, daß die Darstellung der beiderseitigen Ansichten die Arbeit dieser Konferenz erleichtern werde. Die englische und die französische Regierung teilten die Hoffnung, daß es möglich sein werde, schnellstens gemeinsame Maßnahmen zu verabreden, die unter Achtung der Interessen beider Parteien eine wirtschaftliche Annäherung der Donauländer ermöglichen.

Die Erörterungen galt hauptsächlich den wirtschaftlichen und finanziellen, denen die Donauländer gegenüberstehen. Die Minister der beiden Länder sind der Ansicht, daß die Fragen, die sie unterrichten, nur durch ein allgemeines Abkommen internationalen Charakters gelöst werden können, und daß für diesen Zweck eine enge und herzliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der vier Mächte, die sich am Mittwoch treffen, notwendig ist.

Die englisch-französischen Verhandlungen in der Donau angetrieben wurden am Montagmorgen um 5.30 Uhr beendet. Tardieu und Plandin führten gemeinsam im Kraftwagen nach dem Hydepark-Hotel zurück. Tardieu trat nach am Montagabend die Rückreise nach Paris an, wo er am Dienstagvormittag gegen 10 Uhr MEZ eintraf, um am Mittwochabend bereits mit einer großen Rede im Wahlkampf zu eröffnen.

## Zufriedenheit in Paris.

Paris, 6. April.  
Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unerbittlicher Zufriedenheit Platz gemacht. Alle großen Blätter unterscheiden besonders, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über die Möglichkeiten zur Bewirkung des wirtschaftlichen Zusammenfassens der Donauländer vollkommen einig geworden seien, und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhängt, wie rasch der Plan durchgeführt werden könne.

Selbst der außenpolitische Berichtslatter des „Echo de Paris“ berichtigt, begrüßt den Ausgang der Besprechungen, die eine so unerwartet günstige Wendung genommen hätten.

Außerdem dürfe man in Zukunft unter Großmächten nicht nur Frankreich, England, Italien und Deutschland verstehen, sondern müsse auch Polen und die Schweiz miteinbezogen, die ausdrücklich darauf bestanden hätten, mit zu Rate gezogen zu werden.

Auch der „Petit Parisien“ bespricht den Ausgang der Besprechungen als so günstig wie nur eben möglich. Am gegenwärtigen Gedankenaustausch habe sich über fast alle Punkte des Programms Übereinstimmung erzielen lassen.

Es bleibe nur noch zu hoffen, daß die Vertreter Deutschlands als denjenigen, die bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten Wochen zutage getreten seien.

Das „Sourcil“ geht aus der gemeinsamen veröffentlichten amtlichen Mitteilung ebenfalls die Schlussfolgerung, daß man nunmehr auf beiden Seiten die Überzeugung gewonnen habe, daß die Neuorganisation Mitteleuropas bei einigem guten Willen sehr rasch durchgeführt werden könne.

## Goethe-Geschenk Italiens.

Das Reisetagebuch des Vaters Goethes.

Rom, 6. April.

An der berühmten Farnesina, dem Sitz der königlichen italienischen Akademie, fand ein feierlicher Empfang statt, der dem Gedächtnis Goethes gewidmet war. In Vertretung Marconis drückte der Vizepräsident der Akademie seine Genugtuung darüber aus, daß die Akademie von Italien dank der Großzügigkeit von Weimar und dem Nationalmuseum von Weimar in der Lage sei, dem deutschen Volke das Reisetagebuch des Vaters Goethes zu überreichen und erhoffte enge Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke zu stets sich steigender wissenschaftlicher und künstlerischer Förderung.

Professor Jarinelli übergab danach dem Volschäfer von Schwab den ersten Band des Reisetagebuchs, dessen Herausgabe er befragt hat.

Der deutsche Volschäfer dankte in kurzer, herzlich Rede, die er mit der Hoffnung schloß, daß die Beziehungen der Freundschaft und der Kultur sich zwischen beiden Ländern immer enger gestalten mögen.

## Der Moskauer Anschlag.

Prozess gegen die Attentäter auf Zwodowski.

Moskau, 5. April.

Der Prozess gegen die Attentäter des deutschen Volschäfers von Zwodowski, Stern und Wälschew, die be-

kanntlich einen Anschlag auf den deutschen Volschäfer von Ditteln planten, diesen aber veranlassen, hat in Moskau begonnen.

Der Vorfall führt der Präsident des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes, Ulrich; die Anklage vertritt der Volschämmissar für die Justiz, Krepentso, der gleichzeitig Truppenabteilungs geschäftl. An dem Prozess nimmt neben den sowjetischen auch die Auslandspresse teil. Dem Verlauf des Prozesses sieht man in Moskau mit Spannung entgegen.

An der Voruntersuchung konnten die Hintergründe des Moskauer Attentats nicht völlig geklärt werden. Beide Ankläger, Stern und Wälschew, wollten angeblich durch das Attentat der Moskauer Regierung Schwermierigkeiten in ihren außenpolitischen Beziehungen schaffen mit dem Ziele der Herbeiführung einer Intervention europäischer Staaten in Rußland, in deren Vorhaben die Sowjetregierung gestützt werden sollte. Daß sie gerade auf einen deutschen Diplomaten es abgesehen hatten, begründeten die Angeklagten damit, daß nach ihrer Meinung Deutschland das einzige Hindernis für eine Intervention sei. Durch die Ermordung des deutschen Volschäfers auf Zwodowski erfolgte das Attentat selbst vor sich hätte) glaubten sie die Beziehungen mit Deutschland so grundlegend zu lösen, daß dieses für eine Intervention kein Hindernis mehr bilden könnte.

Aus eigener Initiative dürften die Attentäter den Attentatsplan nicht geschmiebelt haben. Nach Anschlag der Moskauer Staatsanwaltschaft sind die Ankläger vielmehr in den zufälligen m e i s t a r b e i t l i c h e n Kreisen zu suchen, die seinerzeit nach Polen ausgewandert sind und von dort aus ihren Kampf gegen die Sowjets führen. Zur Veranlassung dieser Kreise soll, wie die Anklage behauptet, auch die Ermordung eines höheren sowjetischen Offiziers im Jahre 1928 verurteilt worden sein. Demnach wurde u. a. eine Frau namens Subartowa und ihr Verlobter Leo Subartoff von der GPU erschossen. Ein Verwandter von diesen Subartoff ist im Jahre 1920 nach Polen ausgewandert, nahm die politische Staatsbürgerrechte an und wurde Beamter im Warschauer Finanzministerium. Dieser soll nur einige Zeit vor dem Attentat unerkannt nach Moskau gekommen sein und ist nach den Behauptungen der Staatsanwaltschaft der eigentliche Ipirius rector des Attentats. Die Anklage stützt diese Behauptung auf die Aussage eines ebenfalls im Zusammenhang mit dem Attentatsverurteil erschossenen Schwagers, des Generalen Demin, der ebenfalls politischer Abklärung sein soll.

## Litauens Kampf gegen das Deuschium

Deutsche Eltern unter Anklage.

Konowo, 6. April.

In Verfolg der systematischen Unterdrückung des deutschen Schulwesens in Litauen ist es erneut zu einem unerhörten Schreckensfall der litauischen Schulbehörden gekommen. Sämtlichen deutschen Eltern der ehemals deutschen Volksschule in dem Kirchdorf Sinautal, das an der ostpreussischen Grenze etwa 15 Kilometer von Schirwind entfernt liegt, wird auf Anordnung des Schulinspektors wegen Verstoßes der Prozess gemacht werden soll sie sich weigerten, ihre Kinder an dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Diese ehemals recht deutsche Volksschule mit über dreißig Kindern ist vor etwa zwei Jahren gegen den Willen der Eltern in eine litauische Schule umgewandelt worden.

Damals gelang es den deutschen Eltern noch, durchzusetzen, daß wenigstens der Religionsunterricht in der Muttersprache gegeben würde.

Als jetzt auch dieser litauisch erteilt wurde, entschlossen sich die Eltern, ihre Kinder von dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht fernzuhalten, worauf der Schulinspektor gegen sämtliche Eltern Klage vor Gericht anstregte, die demnächst zur Verhandlung kommen soll.

## Graf Czernin f.

Wien, 6. April.

Graf Ottomar Czernin, der frühere Außenminister des alten Österreich und Vertrauensmann des damaligen Kronprinzen Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, ist in seiner Wiener Wohnung einem Herzschlag erlegen. Er lag an seinem Schreibtisch, um einige Briefe zu erledigen, stand dann auf, ging einige Male unruhig hin und her und sank im nächsten Augenblick leblos zusammen. Die bedeutendsten Abschnitte seiner außenpolitischen Tätigkeit sind die geheimen Friedensverhandlungen, die er zusammen mit dem Prinzen Sigfus von Parma führte, sowie der Abschluß der Friedensverträge mit Rumänien und Rußland.

Graf Ottomar Czernin, der einer böhmischen Uradelsfamilie entstammte, hätte im September des 60. Lebensjahres vollendet. Er wurde frühzeitig Vertreter des später ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, der seine Entfesselung als Gefolgsler nach Sarajewo veranlaßte, wo er bis zum Ausbruch des Krieges am Botschafteramt (August 1914) verblieb. Der Abschluß seiner letzten Tätigkeit leitete ihn letzte Angriffe im ungarischen Reichstag, jedoch veröffentlichte das Wiener Ministerium des Innern ein Verbot, das für Graf Czernin die glänzendste Rechtfertigung war. Nach dem Tode Kaiser Franz Josephs, als der junge Kaiser Karl Ver-

trauensminister des Erzherzogs Franz Ferdinand zur Regierung ernannt wurde Graf Czernin im Dezember 1916 Minister der Auswärtigen. Als solcher wurde er Träger der von Kaiser Karl verliehenen Friedenspolitik. Beschäftigt auf die Erfolge der Waffenpause er dann auch im Februar 1918 Frieden mit der Ukraine, im März mit Rußland und im April mit Rumänien schloßen. Besprechungen, die er seit August 1917 bis Februar 1918 mit Frankreich in der Schweiz führte, konnten die weitere Fortleitung des Krieges nicht abbrechen. Im Zusammenhang mit dem von Clemens von Wittelsbach Brief des Kaisers Karl an den Prinzen Sigfus von Parma erfolgte im April 1918 der Rücktritt Czernins. Nach dem Kräfte trat er mit Erinnerungen hervor, die Kaiser Karl außerordentlich befehlerten. Er optierte als geborener Feind für Österreich und wurde in den neuen österreichischen Nationalrat gewählt, wo er indessen nicht weiter hervortrat.

## Dingeldien an Hugenberg.

Ein Vorschlag des Führers der Volkspartei.

Berlin, 5. April.

In einem offenen Brief an den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg schreibt der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldien, u. a.:

„In der Erreichung des Gesamtzieles aller bürgerlichen Kreise kann nicht die Minderheit auf die eigenen Parteinteressen entscheidend sein, sondern die Überzeugung, welcher Weg man unter Wahrung völliger Gleichberechtigung und unter Verzicht auf jedes besondere Parteigebühren die Erreichung aller nationalen bürgerlichen Stimmen sicherstellen?“

Ich mache folgenden Vorschlag:

1. Die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklären sich bereit, an folgender Abmachung teilzunehmen: Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen eigene Listen auf. Die Wahlkreislisten werden in den Wahlkreisen untereinander verbunden; die Reststimmen gehen auf eine gemeinschaftliche preußische Landesliste.

2. Für die Aufstellung der gemeinschaftlichen Landesliste kann unter Verzicht auf sämtliche Parteigebühren ein allgemeines Ausgangspunkt gefunden werden als das Stimmverhältnis, wie es sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930 darstellt.

3. Für den Fall eines Einverständnis, das mit Rücksicht auf die dringende Zeit auch telephonisch übermittelt werden könnte, erkläre ich mich bereit, sofort eine Zusammenkunft der Führer aller in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen.

Stimm es zu einer solchen Abmachung auf Grund meiner Vorschläge, die bei gutem Willen und bei gemeinsamer Großzügigkeit auf allen Seiten auch jetzt noch erreichbar ist, so würde die politische Schlagkraft des nationalen Bürgertums bei der Gestaltung der Dinge in Preußen und darüber hinaus zu dem erhofften Erfolge führen.“

## Deutschnationale Antwort an Dingeldien.

Auf den Vorschlag Dingeldiens, die Listen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu verbinden und nach dem Stimmverhältnis vom 30. September 1930 die Reststimmen zu verrechnen, hat der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Hannover in einem seiner perfekten an Verantwortung empfindlichen Schreiben geantwortet, daß Dr. Dingeldien bereits nach Abbedingung abgereicht ist. Schmidt-Hannover kritisiert noch einmal den Sinn des hugenbergischen Vorschlages, weist dann darauf hin, daß die zwischen Zentrum und DNVP stehenden Gruppen durch ihre in den letzten Jahren betriebene Politik nachweisbar sozialer Widerstand und Ablehnung selbst in eigenen Reihen erfahren hätten, daß die früheren Stimmverhältnisse nicht mehr als maßgeblicher Maßstab dienen könnten. Herr Dingeldien habe eine neue Einstellung zu einem Zeitpunkt beabsichtigt, der, wie er selbst weiß, es rein rechtlich unmöglich mache, die etwa in Betracht kommenden Gruppen für ernsthafte Verhandlungen zusammenzuführen. „Unter diesen Umständen wird Ihr nach 34 Jahren bisheriger Haltung überlassener Brief von vielen als ein Verzicht auf die Erfüllung der Aufgabe angesehen.“ Es sei im übrigen anzunehmen, daß Dr. Hugenberg dort persönlich zu dem Brief Dingeldiens Stellung nehmen werde.

## Deutschnationale Wahlen.

Berlin, 4. April.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt in der Reichshauptstadt eine der Vorbereitung der Neuwahl des Preussischen Landtags gewidmete Sitzung ab. Der parteiamtliche Bericht über diese Tagung lautet:

„Der Parteivorstand legte die Kandidatenlisten für die Länderwahlen fest. Er billigte in allen Punkten die Politik des Parteiführers und die zur Reichspräsidenten- und Preussentagsausgewählten Parteien. In einer Beschlusseingabe am 2. durch das Ergebnis des 13. März bereits positiv entschieden Reichspräsidentenwahlkampfes hielt der Parteivorstand nur eine ruhige Demonstration, die lebendig geeignet ist, dem schwarz-roten System zu einem billigen Triumph zu verhelfen. Für den Wahlkampf im Preußen legte der Parteivorstand die Richtlinien fest. Das Befehmsamt der Partei zum Lebensrecht der Länder und der Selbstverwaltung.“

In einer weiteren Erklärung wurde ein nachdrücklicher Appell an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung gerichtet, jeden Mißbrauch des preussischen Staatsapparates

zugunsten der bedrohten Regierungsparien im Wahlkampf zu verhindern."

In der Spitze der Kandidatenlisten für die einzelnen Wahlkreise stehen: Oppreussen: Gutsbeiliger Gattien; Berlin: Arbeiterführer Riffler; Potsdam II: D. von Gersdorf; Potsdam I: Rittergutsbesitzer, Präsident der Hauptkammer, Dr. von Winterfeld; Frankfurt (Oder): Stahlhelmführer von Wozosowicz; Gommern: Rittergutsbesitzer von Jänsch; Breslau: Stenograph Gabel; Posen: Oberstudienrat Dr. Oppel; Danzig: Landwirt Schmale; Magdeburg: Landwirt Logemann; Merseburg: Lehrer Brückner; Gartz: Lehrer Müller; Schleswig-Holstein: Landwirt und Kaufmann Milberg; Westfalen: Professor Hoffmann; Hannover-Ost: Gutsbeiliger und Verlagsbuchhändler Hüller; Hannover-Süd: Landwirt Logemann; Hildesheim: Hofrat Steuer; Köln-Aachen: Gutsbesitzer Schwedt; Gelsenkirchen: Gutsbesitzer Schwedt; Düsseldorf-Ost: Kaufmann Janßen; Düsseldorf-West: Dr. Eduard Stabler.

Für die Wahlkreise Westfalen-Nord und Westfalen-Süd stehen die Kandidaten nicht fest. Der Landeswahlvorstand wird später veröffentlicht.

### Die Zukunft der Philippinen.

Autonomie nach acht Jahren.

Washington, 6. April.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit sehr großer Mehrheit einen Gesetzentwurf angenommen, der nach Ablauf von acht Jahren den Philippinen die volle Autonomie gewähren soll, und auch der Senat wird diesen Gesetz zustimmen.

Der amerikanische Außenminister Stimson hat an diesem Beschluß sofort sehr scharfe Kritik geübt und auf die Schwächung des amerikanischen Einflusses im Fernen Osten hingewiesen, die seine Verwirklichung bedeuten müßte. Er hat angegeben, daß „keine andere Macht“ sich der Philippinen bemächtigen könnte, und fernerhin in Amerika vertriebt, daß damit Japan gemeint ist.

Die japanische Propaganda auf den Philippinen ist schon seit Jahren am Werke und löst bei den Eingeborenen, die in vielen Beziehungen Reibereien und scharfe Konflikte mit der amerikanischen Verwaltung haben, keineswegs auf Ablehnung. In den mehr als 30 Jahren, die seit dem japanisch-amerikanischen Kriege die Gruppe von Amerika gehört, hat es die amerikanische Politik offenbar nicht verstanden, ein Vertrauensverhältnis zu den Philippinos zu schaffen, und auch die sehr weitgehende Selbständigkeit bei Verwaltung scheint da nicht zu genügen.

### Chinas ewiger Protest.

Gegen die Ernennung eines japanischen Vizekonsuls.

Tokio, 6. April.

Die chinesische Regierung hat bei der japanischen Regierung Einspruch gegen die Ernennung eines japanischen Vizekonsuls bei der chinesischen Polizeiverwaltung in der Mandchurie erhoben.

Die Ernennung eines solchen Vizekonsuls sei eine Verletzung der internationalen Verträge, die zwischen China und anderen Ländern geschlossen worden seien.

### Neue Kämpfe bei Schanghai.

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai unternehmen die japanischen Truppen plötzlich einen allgemeinen Angriff auf die chinesischen Stellungen bei Schanghai.

Der Angriff, der etwa zwei Stunden andauerte, verlief nach drei verschiedenen Richtungen. Er soll von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen worden sein.

### General Feng wieder Oberbefehlshaber.

General Feng wurde erneut zum Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen ernannt. Er soll den Aufstand bei Lojang (Hauptstadt der chinesischen Republik) unterdrücken.

### Deutsche Tagesjau.

Landwirtschaftskammerwahlen in Oppreussen.

Die Landwirtschaftskammerwahlen, die in der ganzen Provinz Oppreussen stattfanden, wiesen eine außerordentlich geringe Beteiligung auf, die zwischen 30 und 50 p. h. schwankte. Nach einer Mitteilung liegen bisher die Ergebnisse aus 17 Kreisen mit insgesamt 37 Kreisen vor. In diesen 17 Kreisen erhielten die Nationalsozialisten 22 und der Landwirtschaftsverband Oppreussen 14 Mandate. Die oppreussische Landwirtschaftskammer war auf Grund einer Entscheidung gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg vom preussischen Staatsministerium aufgelöst worden.

### Länderkonferenz über die Wasserfragen.

Die neue Länderkonferenz, in der die Grundzüge für die Überarbeitung der Wassertrassenverordnung auf das Reich festgelegt werden sollen, findet am 12. April unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Treutmann in Berlin statt.

### Kennzeichnungspflicht für Markenwaren.

Amtlich wird mitgeteilt: Durch die Verordnung des Reichsfinanzministers für Kennzeichnung über die Kennzeichnung, Mengen- und Gewichtangaben bei Markenwaren vom 29. Februar 1932 wird die Kennzeichnungsspflicht gemäß der Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Lebensmittel vom 29. September 1927 (Reichsgesetzblatt Nr. 44 S. 318) nicht berührt.

### Auslands-Rundschau.

Polnische Profiteure in Moskau.

Der kommunistische Außenminister Litwinow empfing den polnischen Gesandten in Moskau, Patel, mit dem er eine längere Unterredung über die Vorgänge hatte, die sich beim Litwinow-Prozess in Warschau abgepielt haben. Obwohl amtlich nichts über den Verlauf der Unterredung bekanntgegeben wurde, heißt es, daß der polnische Gesandte in energischer Weise gegen die Gerüchte protestieren haben soll, demzufolge man die polnische Delegation verdächtigt, ihre Hand bei dem Anschlag auf von Zinoweff im Spiel gehabt zu haben.

### Kleine politische Meldungen.

Die Nachrichten über den Ruhrkampf ergebnislos. Die im Reichsarbeitsministerium gestifteten Rachehandlungen über das Unfallsabkommen im Ruhrgebiet sind ergebnislos geblieben. Die Entscheidung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister.

Warenhausrauf vor dem Reichswirtschaftsrat am nächsten Dienstag. Die Sitzung des Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, der sich mit der Warenhausfrage beschäftigen sollte, ist auf Dienstag, den 12. April, verlegt worden.

Der erste „nahe“ Tag in Finnland. Der Montag war der erste „nahe“ Tag in Finnland; ab Dienstag hörte das Alkoholverbot auf. 60 Alkohol- und 24 Bierversteigerungen werden eröffnet.

### Aus der Umgegend

Heute, 6. April.

Der erste Schulgang. Genaue vormittra glücken die diesjährigen Schulleuten das erste Mal zur Schule, zunächst geführt von der betagten Mutter oder einem älteren Familienmitglied. Je nach dem Temperament machten die Knirpse freudige Gesicht, oder sie schritten beängstigt an Mütter Hand den wichtigsten Weg dahin. Im Schulhause selbst ging es ab dieses neuen Zugangs lebhaft, der dem einzelne der kleinen Anstimmeln sind bereits recht lebhaft und machen von hier ihnen heute und gemäß auch morgen noch zugehenden Redefreiheit ausgiebig Gebrauch, sie reihen die anderen mit fort und bald unterbrechen sich die ersten Schulleuten nicht viel von jener Redestagsübung, die wir täglich im Rundfunk mit anhören dürfen. Lange dauert ja der erste Schul„tag“ nicht — die notwendigen Formalitäten werden erledigt und dann wird all die Angst behaglich durch die Zudertate. Heute ging die Sache schon besser, es kommt Ordnung in die Reihenbände.

Ein Verkehrsunfall. Der durch die unrichtige Aufmerksamkeits des Autofahrers nicht allgumehr sich auswirkte, ereignete sich Sonnabendmorgens am der Ede Post- und Breitenstraße. Ein Auto aus Raumburg wollte in die Poststraße einbiegen, der Führer hatte einen langamen Gang eingeschaltet, als ein Schulmädchen gerade die Straße überqueren wollte. Der Wagenführer erfasste augenblicklich die Situation, lenkte mit einem Ruck den Wagen geschickt herum und brachte ihn zum Halten, das Kind wurde aber dennoch von einem Koffel gelöst und zu Boden geschleudert. Das Mädchen, die scharfe Tochter Doras des Arbeiters Bömer von hier, wurde lediglich ins Krankenhaus gebracht, wo der Arzt eine Gehirnerkrankung feststellte.

Freiung Kriegsbeschädigter und Kriegserntelöhner von der Grunderwerbsteuer. Von der Entrichtung der Grunderwerbsteuer sind Kriegsbeschädigte und Kriegserntelöhner gemäß § 21 des Grunderwerbsteuergesetzes befreit, wenn der Einheitswert des erworbenen Grundstücks den 15fachen Betrag der gemäßigten Kapitalabfindung nach dem Reichsverorgungsgefes nicht übersteigt. Die Befreiung von der Grunderwerbsteuer war jedoch bisher immer von der vorherigen Gewährung der Kapitalabfindung nach dem Reichsverorgungsgefes (Kapitalisierung eines Teils der Kriegssopferrente) abhängig. Die Kapitalabfindung wurde in der letzten Zeit wegen Mangels an Mitteln nicht mehr bewilligt. Dieses hatte zur Folge, daß Kriegsbeschädigte und Kriegserntelöhner von der Grunderwerbsteuer keine Befreiung mehr erlangen konnten. Der Reichserntelöhner und Kriegsbeschädigter und Kriegserntelöhner e. V., hat in Eingaben an das Reichsfinanzministerium und Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß es nicht richtig ist, wenn die infolge Nichtgewährung von Kapitalabfindung aus Mangel an Mitteln schon benachteiligten Kriegssopfer noch weiterhin die Verpflichtung zur Zahlung der Grunderwerbsteuer geschädigt werden. Der Reichsfinanzminister hat sich die Ansicht des Reichserntelöhner und Kriegsbeschädigter und Kriegserntelöhner zu eigen gemacht und angeordnet, daß die Befreiung der Kriegsbeschädigten und Kriegserntelöhner von der Grunderwerbsteuer auch dann erfolgen soll, wenn die Vergewährung der Kapitalabfindung lediglich auf den Mangel an Geldmitteln zurückzuführen ist.

Vom Kreisrat. Der Kreisratshauptmann Hans-Georg Paul Seibitz in Krumpa ist verstorben. Als sein Nachfolger kommt der Gutsbesitzer Paul Gerhardt in Niederelshaus in Frage, wenn die Kreisratsebene vom Wahlvorstand „Nationaler Wirtschaftsblat“ durch die Unterscheidung nicht geändert wird.

Provinziallandtag. Das Preussische Staatsministerium hat in Abänderung eines früheren Beschlusses den Provinziallandtag der Provinz Sachsen zum 27. April nach Merseburg einberufen. Die Eröffnungssitzung ist auf 10 Uhr vormittags angesetzt.

### Kreisvertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei.

Am Sonntag, dem 3. April, hielt die D.N.V.P., Kreisvertretertagung, im Schützenhaus zu Freiburg eine Vertretertagung ab. Die Tagung war gut besucht, wie es in letzter Zeit immer der Fall gewesen ist.

Der Vorsitzende, Major a. D. Anabe, leitete die Versammlung mit kurzen Begrüßungsworten ein und gab sofort dem Landtagsabgeordneten Fröhlich das Wort zu seinem Vortrage über Ziel und Bedeutung der Parteitagung.

Herr Fröhlich ist nicht nur ein gewandter Redner, sondern auch ein alter Parlamentarier, der mit eigener Erfahrung und großem Wissen aufwarten weiß. Er sagte: Den Kampf um die Reichspräsidentenwahl haben wir verloren, daran ändert kein Rechenamt nichts, aber wir werden die Macht des Volkes gewandt her, das hat sich uns die Wahl in Mecklenburg-Strelitz gezeigt, wo sowohl die D.N.V.P. als auch die N.S.D.A.P. ganz auffallend große Unterschiede zwischen Reichspräsidenten- und Landtagsmitgliedern aufwiesen hatten. Unterschiede, die uns nur zu Hoffnungen berechtigen können. Allerdings die Verwerrenheit im nationalen Lager ist sehr groß. Wir wollen sie nicht vermehren, indem wir eine Parole für den zweiten zweiten Wahlgang ausgeben, damit wir die Kampftruppen für den 24. April ungezügelt in die Schlacht führen können. Warum es in dieser Schlacht geht, das sollte nach dem Volksbegehren und dem Entschluß um die Auflösung des Landtags jeder wissen, aber es ist seit der Zeit vieles geschehen, was die Lage noch mehr erschwert. Starke Belohnung muß uns erfüllen, um die Sicherheit unseres Landes, wenn wir die Finanzgebarung betraden, beängstigt ist die Golddeckung unseres Geldes, beängstigt ist die kommende Ernährung, das die Dmndacht unserer Reichswehr. Die Dinge sind so ernst, daß wir uns wohl hüten müssen, in der Hoffnung auf ein Wunder oder im jugendlichen Überdramma die Gefahr zu unterschätzen. Auf Dingen nur kann der Sieg beruhen. Außer diesen inneren Mißständen aber bedrückt uns die Tributlast noch immer. Sie ist uns nicht erlassen, wie manche leidenschaftlich behaupten. Hier kann nur Hugenbergs Vorschlag helfen: England hat es vorgegeben, wie man das Ausland zwingen

lann. Unvorsichtig aber ist es, wenn z. B. Siller dem Ausland erlassen läßt, er erlasse die wirtschaftlichen Schulden an, wir werden nicht in der Lage sein, die 2,6 Milliarden Zinsen aufzubringen! Ein gerissener Kaufmann wie Hugenberg wird keine leidenschaftlichen Verwünschungen geben. Darum überlasse ich jeder, wer er sich anvertrauen soll, dem Erfolgsmann, der in seinem Leben Großes auch in schwerer Zeit geschaffen hat, aber dem glänzenden Redner und Organistator, der nur vorersehen kann. Bieleicht wird es bei vielen in einem halben Jahr, erst schon früher, ein bitteres Erwachen geben! Was verlangen wir vom Staat? Nach einem Wack! Nach innen Recht und Gerecht! In Schlichtungen zeige der Redner, wie es damit heute bestellt ist. Entaulische Beispiele führte er an aus der öffentlichen Verwaltung, aus der Kulturpolitik usw. — Wenn wir es ändern wollen, so müssen wir dazu beitragen, daß keine Regierung ohne uns möglich wird. Wir wollen Preußen erobert, um Deutschland zu retten.

Der starke Beifall, der der Rede folgte, kam aus überzeugten Herzen. In der folgenden lebhaften Aussprache wurde über die Parole zur zweiten Reichspräsidentenwahl diskutiert. Das Ergebnis war, man solle unter keinen Umständen Wahlentscheidung prägen, aber auch keine andere Parole ausgehen als nicht Hindenburg wählen! Herr Fröhlich betonte im Schlußwort, daß man sich wohlvertrauen hat der Wahl argern werde, überhaupt soviel Aufheben von dieser Sache gemacht zu haben, die doch nur eine unwissenschaftliche Form sei gegenüber der wichtigen Preußenwahl. Herr Knabe gab dann weiter die Kandidatenliste bekannt, die jedoch noch nicht veröffentlicht werden dürfen. Mit dem Bismardwort: „Ein Staat kann nur durch die Kräfte erhalten werden, die ihn geschaffen haben“, schloß er die Versammlung.

Rohleben. [25 Jahre] sind eine laaazZeit wenn man sie vor sich hat, schaut man aber auf den gleichen Zeitabschnitt zurück, dann kommt wohl jeder unwillkürlich zu der Frage: Sollte das schon so lange her sein, als ich meine Laufbahn beginn? Nun ja, die Zeit vergeht rasch, namentlich wenn jemand ein hartes Pflichtbewußtsein in sich trägt und nie stille stehen möchte. Zu jenen, auf die letzteres zutrifft, zählt wohl auch ein werdegeliebter lieber Mitarbeiter, der Bauführer an der Gemeindefabrik Rohleben, Herr Friedrich Ulrich. Er trat Mitte März 1907 in die Dienste des Werbestellen-Kommissars, war zunächst 4 Jahre bei den Genl. Altwaren-Verkehrsgesell., dann 15 Jahre bei der Gemeindefabrik Rohleben und weitere 6 Jahre — von Anfang 1926 an — bei der Gemeindefabrik Rohleben als Bauführer tätig mit dem Wohlwille in Rohleben. Sämtliche drei Werke gehören zum Konzern. Hier in Rohleben lebte sich der Zuhälter bald gut ein, sein lebenswürdiges Charakter veranlaßte ihm die Veranschaulichung weitester Kreise und wir alle wünschen, daß es Herr Ulrich vergönnt sein möge, in Verbindung mit seiner weiteren Tätigkeit das silberne Jubiläum am hiesigen Salinwerk zu begehen. — [Leberrückblick.] Mit Beginn des Schuljahres ist Herr Lehrer Dorn von hier nach Halle a. S. versetzt; auftragsgewiesener Herr Lehrer Friedrichs an unsere Volksschule gekommen.

Wiese. Ein Glimmer hat die Vereine, Verbände, Gesellschaften, die es in Wiese anreist gibt, einmal gezählt. Man kommt dabei auf die städtische Zahl von ca. 40. — Das genügt für einen Ort von nur 2000 Einwohnern.

Loth. In der Nacht zum Sonntag verbrachten Diebe in der Hadenhof'schen Ziegelei zu Hehlen. Drei Rumpen waren es, von denen zwei auf Fahrrädern, einer auf einem Motorrad angekommen sind. Ein an der Ziegelei vorüberkommender Nachzügler aus Wiese, dem die im Graben liegenden Räder verdächtig vorkamen, weckte die Hadenhof'sche Familie und als die Diebe sich entsetzt haben, verließen sie auf ihren Fußwegen schnell zu entkommen. Den Fahrradhörnern gelang dies auch, der Motorradfahrer aber konnte festgehalten werden; er merkte sich jedoch energisch und es kam zu einer Schießerei, wobei der Dieb an einem Bein verletzt wurde. Trostlos aber machte er sich nach frei und entkam im Dunkel der Nacht. Doch nur bis an den Wald vermochte er zu fliehen, denn früh fanden ihm Pölkanten am Wegesrand hilflos vor. Die letzteren meldeten den Vorfall in Wiese, ehe aber die Landjäger an die Stelle kamen, hatten die Genossen des Verletzten diesen durch ein Auto schon entführt. Die Ermittlungen führten nach Gesehofen. Es dürfte wohl gelingen, alle drei Teilnehmer an der Entführung ihrer Tat zu überführen. Wie nachträglich bekannt wird, ist der Angehörige in der Person des Säcklers Paul Ehrlich aus Gesehofen ermittelt worden. Er leugnet zwar, an dem Diebstahl beteiligt zu sein; er will nur wegen Übernahme einer Reparatur an seinem Motorrad an der Ziegelei abgefallen sein. Auch die Gestärben des Ehrlich sind nahezu feststellbar. Man darf wohl annehmen, daß es nunmehr gelungen wird, die in letzter Zeit in unserer Gegend ausgeführten Diebstähle aufzuklären.

Chartsberga. Unter dem 15. 8. 1912 hier anternem Bürgermeister Sommerburg konnte am 1. 4. auf eine 25jährige Amtszeit zurückblicken.

Rübe. (Das erste Mal) Vor dem hiesigen Amtsgericht hatten sich sechs Angehörige der NSDAP, wegen Vergehens gegen das Gesetz über Wehrmittelsbrauch zu verantworten. Bei den Angeklagten wurden von der Polizei Gelegenheit einer Streife am Tage der Reichspräsidentenwahl in Rübe und Oltmannsdorf Waffen gefunden. Das Gericht hielt nur zwei der Angeklagten für schuldig und verurteilte sie zu je 4 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Eurt. Bei der ersten Wiederholung des zweiten Teiles von „Jauzi“ erlitt Fräulein Gitta Cuiel während der Euphorin-Scene durch Sturz von einem Bühnenaufbau einen Unfall, der ihre Veranlassung zu einem Krankenbette erforderlich machte. Es handelt sich nach Untersuchung um eine Verletzung der Wirbelsäule, jedoch kann das Unfallereignis zur Zeit als gut und die Prognose als günstig angesehen werden.

Eurt. Als am Dienstag mittag ein Bereitschaftswagen der Polizei auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz hinter dem Häßigen rosfahrenden Paul A. a. d. aus S. u. t. a. herfuhr, verurteilte der Radfahrer auf ein Signal des Wagens hin auszuweichen. Es handelt sich nach Untersuchung in die Straßenbahnlinie. Er stürzte und wurde tödlich überfahren. Der Führer des Polizeiwagens trifft keine Schuld, er hat rechtzeitig dremte.



# Hindenburgwähler!

Auf Deine Stimme kommt es an. Der Erfolg im 1. Wahlgang darf zu keiner falschen Sicherheit führen.

Hindenburg-Ausschuss (Kreis Querfurt)

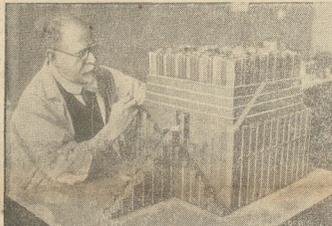
Der Sieg im 2. Wahlgang muß entscheidend werden. Es geht um Deutschland.

## Graf Westarp zur Hindenburg-Wahl

Graf Westarp sprach auf einer Kundgebung des Hindenburg-Ausschusses in Frankfurt a. d. O. Man habe auf jeden Fallgenuss und Verzicht. Graf Westarp besprach die außenpolitische Lage. Brünna, der im Auslande großes Vertrauen genießt, sei entschlossen, ein doppeltes Nein auszusprechen. Er könne aber nur Erfolg haben, wenn das deutsche Volk geschlossen hinter ihm stehe. Deshalb sei es wichtig, daß Hindenburg eine möglichst große Anzahl von Stimmen bekomme. Zu billigen sei es, wenn die Nationalsozialisten den Freiheitswillen der Nation aufwiegen, aber mit klaren Worten seien sie wenig zu machen. Sondern das Volk müsse zu neuen Opfern bereit sein. Im Osten brenne die Grenze. Der Pole warte nur darauf, daß er Oberpreußen, Ostpreußen und Danzig an sich reißen könne. Hindenburg und Graener hätten bewußt zu verstehen gegeben, daß das deutsche Volk bewußt sei, einen Einbruch der Polen mit altem Widerstand zu begegnen. Und die deutsche außenpolitische Stellung zu klären und um innerpolitische Erschlüchterungen zu vermeiden, habe sich Hindenburg wieder zur Verfügung gestellt. Hindenburg sei tatsächlich ein überparteilicher Kandidat, was man von Hitler nicht behaupten könne. Hindenburg stehe sich von keiner Partei Vorwürfe machen.

## Gebells in Frankfurt

Die NSDAP hielt in der Festhalle in Frankfurt a. M. eine Massenkundgebung ab. In der Reichstagsabgeordnete Dr. Gebells ist eine Vertreterin dieser Bewegung. Die nationalsozialistische Bewegung gab und erklärte, die Führer dieser Bewegung würden den Kampf weiterführen, bis sie selbst das Leben zur Strecke gebracht habe. Der 13. März habe der Bewegung eine Niederlage gebracht. Solche Niederlage konnte der NSDAP nur zugute kommen. Da der heutigen Parlamentssitzung sei es noch nie vorgekommen, daß eine Partei innerhalb von Jahresfrist mehr Stimmen gewann, als die Regierungsparteien zusammen jemals gehabt hätten.



Berliner Architekt baut ein Modell des Turms von Babel für Chicago.

## Wetterpropheten im Zoologischen Garten

Selbst in den Wintermonaten ist der Besuch eines Zoologischen Gartens empfehlenswert. Bei den Tieren kann man auch im Winter Wettervorhersagen beobachten, wie man sie im Sommer in der Freiheit an vereinzelten Tieren feststellen kann. Unsere meteorologische Wissenschaft befindet sich, wenigstens kann man es so sagen, in einem händigen Konkurrenzkampf mit den tierischen Wetterpropheten. Wir wissen es ja nur zu gut, daß der Landmann auf dem Felde ganz gleich ob Sommer oder Winter, kein Wetterteilchen eher nach dem Zug der Vögel, nach der Wollenbildung des Hummels usw. urteilen als nach den Anzeigen, die der Wetterdienst mittels Hundwirts und Besse verbreitet.

Daß viele Tiere die Eigenschaften haben, durch ihr Verhalten das kommende Wetter anzudeuten, dürfte eine hinlänglich bekannte Tatsache sein. Im folgenden soll nur gelegentlich werden, inwieweit wir diese Beobachtungen in den Zoologischen Gärten machen können. Das Verhalten der Zoologischen Gärten weiß zum Beispiel genau, daß ein Witterungsumschlag eintritt, wenn der Wolf sein langgezogenes Heulen ertönen läßt. Wertwirdig ist, daß sich dieses Heulen unauffällig steigert, wenn ein Schneefall in Aussicht ist. Diese Eigenschaften mag das Tier aus seinem Freileben mitgebracht haben, denn Reize haben uns in ebenfalls oft genug geföhrt, daß die Wölfe in den russischen Wäldern zum Beispiel ein ständiges Heulen beginnen, wenn die Witterung kälter wird oder Schneefälle bevorstehen. Bei dem Seelwamen kann das Brüllen vernehmen auslösen werden.

## Hindenburg praktisch Sieger!

erklärt der Reichshelm. Durch die Maßnahme der Kandidatur Dörfersberger wolle er den Weg zu einer nationalen Einheitskandidatur

## Hindenburg

gegen den Kommunismus frei machen. Regierungsrat Giller blieb es vorbehalten, aus staatsfern Parteireferente Deutschland kurz vor den Pressenwahlen erneut zu jarreihen.

## Deutsche Männer und Frauen

Jede Stimme dem Volksführer

## Hindenburg

keine Stimme der ansichtslosen Zersplitterung.

Hindenburg-Ausschuß (Kreis Querfurt).

Wenn die Bewohner keine Stimme hören, so wird es regnen, wenn aber kein großes Organ in der Fröhe des Tages hörbar wird, so besiegt die Ansicht, daß der Tag schöner Wetter bringt. Wahrscheinlich ist hier vor allem sein, in welcher Himmelsrichtung das Grollen hörbar wird.

Besonders zuverlässige Wetterpropheten aber sind die Vögel. Diese Eigenschaften hat man ihnen seit alters her zugeprochen. Die Schwabe und der Storch gelten als die Verkünder des Frühlings, wennschon ihr Kommen auch nichts anderes bedeutet als daß in ihren Winterquartieren die Naturung knapp zu werden beginnt. Die Behauptung, daß die Fröhe besonders gute Wetterpropheten sind, hat sich indes auf Grund ausgiebiger Beobachtungen nicht bestätigt. Ob der Fröhe keine Leiter herauf, oder herunter, fliehet, weil er bangt den amorphischen Schwingungen Rechnung trägt, wozu man nicht bahingegen kann man sagen, daß die Fröhe am meisten quaten, wenn es bereite regnet. Eine besondere Empfindlichkeit für den atmosphärischen Druck besitzt eine in Nordamerika heimische und in vielen Aquarien angustreffende Egelart. Es handelt sich um die sogenannte Donnerreife, die bei herannahenden Gewittern stundenlang bewegungslos auf ihrem Rücken verharret. Auch einige Schlangenarten reagieren auf gewitterähnliche Luft, sie bleiben völlig regungslos, wenn die Atmosphäre auf gewitterartige Entladungen schließen läßt. Selbst die Ente wird auf sehr schmerzhaft Weise durch die Dünne ihrer Schildebelaggenheit zu einer Voraussage des nahenden Gewitters bestimmt. Sie kann dem atmosphärischen Druck den das Gewitter mit sich bringt, nicht standhalten, und aus diesem Grunde ist ein großes Entsetzen bei stärkeren Gewittern durchaus keine Seltenheit. Daß die Krebse bei starken Entladungen an die Oberfläche des Wassers kommen. Auch der Egel läßt seine nicht seine hellere Stimme ertönen, wenn unangenehme Wetter bevorsteht. Es handelt sich hierbei um eine ererbte, Eigentümlichkeit seiner Rasse aus den Tagen, da er noch nicht als Haustier galt. Bei den wilden Egel ist noch heute zu beobachten, daß sie sich laut schreiend zu einer dichten Mauer zusammendrängen, wenn ein Sandsturm herannahet. Sie wollen sich durch diese Schutzmaßnahme gegenseitig Wunden bieten gegen die herüberhenden Folgen eines solchen Sturmes. Daß der Hahn die Eigenschaften eines Wetterpropheten besitzen soll, muß gleichfalls verneint werden. Es ist auch nicht so, daß er besonders viel trübt, wenn Regen bevorsteht, sondern die alte Bauernregel lag schon: Wenn der Hahn trübt auf dem Mist, ändert sich das Wetter, oder es bleibt, wie es ist.

## Betr. Reichspräsidentenwahl II. Wahlgang, am 10. April 1932.

Zu der am Sonntag, dem 10. April d. Js., stattfindenden Reichspräsidentenwahl — II. Wahlgang — in der Stadtbezirk Nebra in 2 Stimmbezirke eingeteilt und zwar umfacht

### Stimmbezirk I die Unterstadt:

Altenburgstraße, Unter der Altenburg, Bahnhofstraße, Metzschplanweg, Brunengasse, Breite Straße 1-15, Feldstraße, Gartenstraße, Grünmühlweg, Grabenstraße, Großpöngener Straße, Bahlg, Kirchgarten, Ederberg, Neue Kette, Poststraße, Privatstraße, Kofentalstraße, Schloßberg, Unterbrunnen, Wehendorfer Straße, Wilhelmstraße.

### Stimmbezirk II die Oberstadt:

Mischerplatz, Breite Straße 16-65, Entenplan, Füllengasse, Kirchweg, Rüppelstraße, Kollerhof, Zämmergasse, Laternengasse, Markt, Obersteig, Oberort, Orlas, Pöngergasse, Promenade, Reinsdorfer Straße, Rittergut, Schloßgasse, Aelene Schloßgasse, Wasserweg. Es sind bestimmt:

als Wahlvorsteher für den Stimmbezirk I Herrrat Paul Senfel  
 Stellvertreter " " " 1 Maurer Karl Hammerl  
 Wahlvorsteher " " " II Bürgermeister Grünberg  
 Stellvertreter " " " II Stellm. Wtr. A. Franke

### Abstimmungsräume sind:

für den Stimmbezirk I das untere rechte Klassenzimmer und für den Stimmbezirk II das untere linke Klassenzimmer des alten Volkshausgebäudes.

Die Wahl findet statt von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Zutritt zu den Wahlräumen hat jeder Stimmberechtigte, der in den Stimmkarten eingetragen oder im Besitze eines Stimmzettelnes ist. Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt und enthalten alle zugelassenen Wahlvorschlüge. Bei der Stimmabgabe hat der Stimmberechtigte durch ein Kreuz oder sonstiges Zeichen denjenigen Kandidaten lenkbar zu machen, dem er seine Stimme geben will. Wenn der Stimmberechtigte keinen der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben will, so kann er in das sich anschließende freie Feld den Kandidaten einfügen, dem er seine Stimme zu geben beabsichtigt.

Der Stimmberechtigte tritt jedoch an den Vorstandsführer, nennt auf Verlangen seinen Namen und übergibt, sobald sein Name in der Stimmkarte aufgefunden worden ist, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn sofort ungeöffnet in die Wahlurne legt. Inhaber von Stimmzettelnes nennen ihren Namen und übergeben den Stimmzettel dem Wahlvorsteher.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Zutritt zu den Wahlräumen hat jeder Wähler. Anspäher darf niemand haben, auch ist das Anbringen von Plakaten pp. nicht gestattet. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlschloß beraten und beschließen. Er kann jeden aus dem Wahlraum weisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung fört. Ein Wähler, der davon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

Nebra, den 5. April 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

## Betr. Beschädigung von Lichtleitungen durch Fußballspieler.

Hier ist Anzeige erteilt, daß durch Fußballspieler die über den Blüderplatz führenden Lichtleitungen fortgesetzt beschädigt werden.

Das Fußballspielen auf dem Blüderplatz wird deshalb hiermit untersagt. Zuwiderhandlung machen sich nach § 79 der Straßenpolizeiordnung für die Stadt Nebra vom 3.4.1925 strafbar und können außerdem zur Schadenersatzleistung herangezogen werden.

Der Polizeibeamte hat Anweisung, alle Personen, die auch jetzt noch beim Fußballspielen auf dem Blüderplatz angetroffen werden, unmaßstäglich zur Verhaftung anzuzeigen.

Nebra, den 6. April 1932.

Der Bürgermeister als Orsopolizeibehörde. Grünberg.

## Betr. Austeilung von Bezugscheinen.

Die dem Magistrat überreichten Bezugscheine zum Einkauf von verbilligtem Fleisch werden an die Bezugsberechtigten am Donnerstag, den 7. April d. Js., von 2-3 Uhr nachm. in Rathaus, Zimmer Nr. 4 ausgeteilt.

Die Ausgabezeit ist unbedingt einzuhalten.

Nebra, den 6. April 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

## „Schweizerhaus“ - Witzenburg

Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr

## Dielenbetrieb Kapelle Stein

Es ladet freundlich ein

Wirtshaus.



## F. Poppe

Reichsbestand Wiese  
 Zugelassen hat den Stimmgeräten  
 Nebra und Wiese. — Vertrete  
 Prozesse und Befolge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im  
 „Waisen Hof“ Nebra S. Predigt.

## Frische Bücklinge

und täglich frische  
 marinierte Serringe  
 empfiehlt  
 Ww. Meitz.

## Obst- u. Gemüsegarten

zu verpacken  
 Neue Reihe 17.  
 Auskunft dableibt.

## Drucksachen aller Art

liefert preiswert und gut  
 Buchdruckerei Wth. Sauer  
 Rossleben

## Volksführer oder Parteikandidat?

## Feldmarschall von Hindenburg,

der Sieger von Tannenberg, vom  
 Volke gerufen — oder

## Parteibuchbeamter Regierungsrat

Hiller, der Berammlungsredner,  
 Beauftragte einer Partei

Gegen die Parteiherrschaft!  
 Für das Volk!

## Wählt Hindenburg!

Hindenburg-Ausschuß (Kreis Querfurt)

# Neurmer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefabdruck: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 42

Donnerstag, den 7. April 1932.

45. Jahrgang

## Das Ergebnis der Vorkonferenz.

... nicht verfehlt, einen Abbruch zu erreichen.

London, 5. April.

Nach Beendigung der englisch-französischen Ministerkonferenz wurde von englischer Seite eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Minister im Hinblick auf die am Mittwoch beginnende Viermächtekonferenz nicht verfehlt hätten, einen Abbruch zu erreichen. Sie seien überzeugt, daß die Darstellung der beiderseitigen Ansichten die Arbeit dieser Konferenz erleichtern werde. Die englische und die französische Regierung teilten die Hoffnung, daß es möglich sein werde, schnellstens gemeinsame Maßnahmen zu verabreden, die unter Abwägung der Interessen dritter Parteien eine wirtschaftliche Annäherung der Donauraumstaaten ermöglichen.

Die Erörterungen galt hauptsächlich den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, denen die Donauraumstaaten gegenüberstehen. Die Minister der beiden Länder sind der Ansicht, daß die Fragen, die sie unterrichten, sind ein allgemeines Wohlwollen internationalen Charakters gelöst werden können, und daß für diesen Zweck eine enge und herzliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der vier Mächte, die sich am Mittwoch treffen, notwendig ist.

Die englisch-französischen Verhandlungen in der Donauraumstadt wurden am Montagmorgen um 5.30 Uhr beendet. Tardieu und Lönblad trafen gemeinsam im Kraftwagen nach dem Hydepark-Hotel zurück. Tardieu trat nach am Montagabend die Rückreise nach Paris an, wo er am Dienstagmorgen gegen 10 Uhr M. P. in der Gare am Mittwochabend bereits mit einer großen Rede den Wahlkampf zu eröffnen.

## Zufriedenheit in Paris.

Paris, 6. April.

Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unvorstellbarer Zufriedenheit Platz gemacht. Alle großen Blätter unterrichten besonders, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über die Modalitäten zur Bewirkung des wirtschaftlichen Zusammenflusses der Donauraumstaaten vollkommen einig geworden seien, und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhängig, wie rasch der Plan durchgeführt werden könne.

Selbst der außerparlamentarische Reichstatter des „Echo de Paris“ bezeugt den Ausgang der Besprechungen, die eine so unerwartet günstige Wendung genommen hätten.

Außerdem dürfe man in Zukunft unter Großmächten nicht nur Frankreich, England, Italien und Deutschland verstehen, sondern müsse auch Polen und die Schweiz mitzählen, die ebenfalls dem beizustehen hätten, und die zu Rate gezogen zu werden.

Auch der „Petit Parisien“ bespricht den Ausgang der Besprechungen als so günstig wie nur eben möglich. Im gegenseitigen Gedankenaustausch habe sich über fast alle Punkte des Programms Übereinstimmung erzielen lassen. Es bleibe nur noch zu hoffen, daß die Vertreter Deutschlands mit anderen Vorschlägen zur Viermächtekonferenz kämen als denjenigen, die bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten Wochen zutage getreten seien. Das „Journal“ zieht aus der gemeinsam veröffentlichten amtlichen Mitteilung ebenfalls die Schlussfolgerung, daß man nunmehr auf beiden Seiten die Überzeugung gewonnen habe, daß die Neuorganisation Mitteleuropas bei einigem guten Willen sehr rasch durchgeführt werden könne.

## Goethe-Geschenk Italiens.

Das Reiseagebuch des Vaters Goethes.

Rom, 6. April.

In der berühmten Farnesina, dem Sitz der königlichen italienischen Akademie, fand ein feierlicher Empfang statt, der dem Gedächtnis Goethes gewidmet war. In Vertretung Marconis drückte der Vizepräsident der Akademie seine Anerkennung darüber aus, daß die Akademie von Italien dank der Großherzigkeit von Weimar und dem Nationalmuseum von Weimar in der Lage sei, dem deutschen Volke das Reiseagebuch des Vaters Goethes zu überreichen und erhoffte enge Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem italienischen Volke zu stets sich steigender wissenschaftlicher und künstlerischer Förderung.

Professor Jarnell übergab darauf dem Volschöfer von Schwabert den ersten Band des Reiseagebuches, dessen Herausgabe er befohl hat.

Der deutsche Volschöfer dankte in kurzer, herzlichster Rede, die er mit der Hoffnung schloß, daß die Beziehungen der Freundschaft und der Kultur sich zwischen beiden Ländern immer enger gestalten mögen.

## Der Moskauer Anschlag.

Prozess gegen die Attentäter auf Zwardowski.

Moskau, 5. April.

Der Prozess gegen die Attentäter des deutschen Botschaftsrats von Zwardowski, Stern und Waisew, die be-

famlich einen Anschlag auf den deutschen Botschafter von Diefen planten, diesen aber veranlassen, hat in Moskau begonnen.

Der Vorhitz der Präsident des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes, Ulrich, die Anklage vertritt der Volkskommissar für die Justiz, Kropotko, der gleichzeitig Oberstaatsanwalt ist. Das Gerichtsgedäude ist durch starke Truppenabteilungen gesichert. An dem Prozeß nimmt neben der sowjetrussischen auch die Auslandspresse teil. Dem Verlauf des Prozesses sieht man in Moskau mit Spannung entgegen.

In der Voruntersuchung konnten die Hintergründe des Moskauer Attentats nicht völlig geklärt werden. Beide Angeklagte, Stern und Waisew, wollten angeblich durch das Attentat der Moskauer Regierung Schwierigkeiten in ihren außenpolitischen Beziehungen schaffen mit dem Ziele der Durchföhrung einer Intervention europäischer Staaten in Rußland, in deren Verlauf die Sowjetregierung gestürzt werden sollte. Daß sie gerade auf einen deutschen Diplomaten es abgesehen hatten, begründeten die Angeklagten damit, daß nach ihrer Meinung Deutschland das einzige Hindernis für eine Intervention sei. Durch die Ermordung des deutschen Botschafters auf Zwardowski erlange das Attentat nur in der Annahme, daß man Herrn von Diefen selbst vor sich hatte glaubten sie die Beziehungen mit Deutschland so grundlegend zu tören, daß dieses für eine Intervention kein Hindernis mehr bilden könnte.

Aus eigenen Mitteilungen dürften die Attentäter den Attentatsplan nicht gekennet haben. Nach Ansicht der Moskauer Staatsanwaltschaft hielt die Anklage vielmehr in den russischen wie in der ausländischen Presse zu finden, die seinerzeit nach Polen ausgewandert sind und von dort aus ihren Kampf gegen die Sowjets führen. Auf Veranlassung dieser Kreise soll, wie die Anklagebehörden behaupten, auch die Ermordung eines höheren russischen Offiziers im Jahre 1928 verübt worden sein. Daraus wurde u. a. eine Frau namens Lubartowa und ihr Verbandsleiter Leo Lubartoff von der GPU erschossen. Ein Verwandter von diesen Lubartoff ist im Jahre 1920 nach Polen ausgewandert, nahm die politische Staatsbürgerschaft an und wurde Beamter im Reichshäuser Finanzministerium. Dieser soll nun einige Zeit vor dem Attentat unerkannt nach Moskau gekommen sein und sich nach den Behauptungen der Staatsanwaltschaft der eigentliche Ipiritus rector des Attentats. Die Anklage stützt diese Behauptung auf die Aussage eines ebenfalls im Zusammenhang mit dem Attentatsverbrechen verhafteten Schwagers, des Generals Demin, der ebenfalls politischer Abstammung sein soll.

## Litauens Kampf gegen das Deutschtum

Deutsche Eltern unter Anklage.

Kowno, 6. April.

In Verfolg der systematischen Unterdrückung des deutschen Schulwesens in Litauen ist es erneut zu einem unerhörten Übergriff der litauischen Schulbehörden gekommen. Sämtlichen deutschen Eltern der ehemals deutschen Volksschule in dem Kirchdorf Gintaulai, das an der ostpreussischen Grenze etwa 15 Kilometer von Schwirwin entfernt liegt, wird auf Veranlassung des Schulinspektors am Samstag der Prozeß gemacht werden, weil sie sich weigerten, ihre Kinder an dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht teilzunehmen zu lassen. Diese ehemals reibende deutsche Volksschule mit über dreißig Kindern ist vor etwa zwei Jahren gegen den Willen der Eltern in eine litauische Schule umgewandelt worden.

Damals gelang es den deutschen Eltern noch, durchzusetzen, daß wenigstens der Religionsunterricht in der Muttersprache gegeben würde.

Als jetzt auch dieser litauisch erteilt wurde, entschlossen sich die Eltern, ihre Kinder von dem in litauischer Sprache erteilten Religionsunterricht fernzuhalten, worauf der Schulinspektor gegen sämtliche Eltern Klage vor Gericht anstregte, die demnächst zur Verhandlung kommen soll.

## Graf Czernin †.

Wien, 6. April.

Graf Ottokar Czernin, der frühere Außenminister des alten Österreich und Vertrauensmann des damaligen Kronprinzen Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, ist in seiner Wiener Wohnung einem Herzschlag erlegen. Er lag an seinem Schreibtisch, um einige Briefe zu erledigen, stand dann auf, ging einige Male unruhig hin und her und sank im nächsten Augenblick leblos zusammen. Die bedeutendsten Abschnitte seiner außenpolitischen Tätigkeit sind die geheime Friedensverhandlungen, die er zusammen mit dem Prinzen Sigis von Parma führte, sowie der Abbruch der Friedensverträge mit Rumänien und Rußland.

Graf Ottokar Czernin, der einer böhmischen Uradelsfamilie entstammend, wurde im September des 60. Lebensjahres verstorben. Er wurde frühzeitig Berater des später ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, der seine Entlohnung als Gesandter nach Vukovar leitete, wo er bis zum Ausbruch des Krieges mit Rumänien (August 1914) verblieb. Der Abbruch seiner dortigen Tätigkeit brachte ihm heftige Angriffe im ungarischen Reichstag; jedoch veröffentlichte das Wiener Ministerium des Äußeren ein Verbot, das für Graf Czernin die glänzendste Rechtfertigung war. Nach dem Tode Kaiser Franz Josephs, als der junge Kaiser Karl Ver-

trauensmann des Erzherzogs Franz Ferdinand zur Regelung Herzog wurde Graf Czernin im Dezember 1916 Minister des Auswärtigen. Als solcher wurde er Träger der von Kaiser Karl verlangten Friedenspolitik. Gestützt auf die Erfolge der Waffenruhe konnte er dann auch im Februar 1918 Frieden mit der Ukraine, im März mit Rußland und im April mit Rumänien schließen. Besprechungen, die er seit August 1917 bis Februar 1918 mit Frankreich in der Schweiz führte, konnten die weitere Fortleitung des Krieges nicht abenden. Im Zusammenhang mit dem von Clemenceau veröffentlichten Brief des Kaisers Karl an den Prinzen Sigis von Parma erfolgte im April 1918 der Rücktritt Czernins. Nach dem Kriege trat er mit Erinnerungen hervor, die Kaiser Karl außerordentlich beleideten. Er optierte als geborener Tscheche für Österreich und wurde in den neuen österreichischen Nationalrat gewählt, wo er indessen nicht weiter betrauert.

## Dingeldey an Hugenberg.

Ein Vorschlag des Führers der Volkspartei.

Berlin, 5. April.

In einem offenen Brief an den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg schreibt der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, u. a.:

„Der Erregung des Gemeindefalles aller bürgerlichen Kreise kann nicht die Mitarbeit auf die eigenen Parteimitglieder entscheidend sein, sondern die Überzeugung, welcher Weg kann unter Wahrung völliger Gleichberechtigung und unter Verzicht auf jedes besondere Parteigedächtnis die Erfüllung aller nationalen bürgerlichen Stimmen fördern?“

Ich mache folgenden Vorschlag:

1. Die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklären sich bereit, an folgender Abstimmung teilzunehmen: Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen untereinander verbindend: Die Wahlkreise gehen auf eine gemeinschaftliche preussische Landesliste.

2. Für die Staffierung der gemeinschaftlichen Landesliste kann unter Verzicht auf förmliche Parteiovertelle kein anderer Ausgangspunkt gefunden werden als das Stimmverhältnis, wie es sich nach dem Ergebnis der Reichswahlen vom September 1928 darstellt.

3. Für den Fall Ihres Einverständnis, das wir mit Rücksicht auf die dringende Zeit auch telephonisch übermittleit werden könnte, erkläre ich mich bereit, sofort eine Zusammenkunft der Führer aller in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen.

Es wäre es in einer solchen Abstimmung auf Grund meiner bei genügender noch erreichbar ist, nationalen Bürgerkreisen und darüber.“

## Dingeldey.

Die Führer der Deutschen Volkspartei verbinden und September 1930 die deutschnationale Landesliste per se in einer partiell „en commun“ abgestimmt, und abgesehen ist.

Im Sinn des darauf hin, daß ein Gruppen durch nicht nachweisbar in eigenen Reihen verhältnismäßig nicht in können. Nicht zu einem Zeitpunkt, es rein lediglich kommenden Zusammenschließen. Ihre bisherige als ein Verzicht Verantwortung Sammlungsorganisationen, daß Brief Dingeldeys Stellung nehmen werde.

## Deutschnationale Wahlliste.

Berlin, 4. April.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt in der Reichshauptstadt eine der Vorbereitung der Neuwahl des Preussischen Landtags gewidmete Sitzung ab. Der parteiämliche Bericht über diese Tagung belag:

„Der Parteivorstand legte die Kandidatenlisten für die Länderwahlen fest. Er billigte in allen Punkten die Politik des Parteiführers und die zur Reichspräsidenten- und Preussenswahl ausgehenden Parolen. In einer Beteiligung an dem durch das Ergebnis des 13. März bereits praktisch entschieden Reichspräsidentenwahlkampfes sieht der Parteivorstand nur eine nutzlose Demonstration, die lediglich geeignet ist, dem schwarz-roten System zu einem völligen Triumph zu verhelfen. Für den Wahlkampf um Preußen legte der Parteivorstand die Richtlinien fest. Das Bekennnis der Partei zum Lebensrecht der Länder und der Selbstverwaltung kam in einer besonderen Erklärung zum Ausdruck.“

In einer weiteren Erklärung wurde ein nachdrücklicher Appell an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung gerichtet, jeden Mißbrauch des preussischen Staatsapparates

